Mehrheit hatte. Parteigenosse Gabriel Löwenstein und ich wurden zur Leitung der Verhandlungen berufen, und so bestiegen wir als Präsidenten die kurulischen Stühle, auf denen seit Jahrhunderten so viele stolze Vertreter des Nürnberger Patriziats und bei den verschiedenen Reichstagen und sonstigen Fürstenversammlungen auch die Vertreter des hohen Adels ihre Glieder gestreckt hatten.

Nach einer dreitägigen glänzenden Redeschlacht — einer der interessantesten, die ich je erlebte —, in der unter erdrückender Majorität [illegible] als Referent neben unserem leider verstorbenen Liebknecht die Führung hatten, siegte der Sozialismus. Die Trennung war vollzogen, die Bahn war frei.

Auf dem bevorstehenden Parteitag in München wird es sich nicht um neue für die Partei grundlegende Verhandlungen handeln, sondern um den Fort- und Weiterbau des bereits Geschaffenen. Der Münchner Parteitag wird, wie sein Vorgänger in Lübeck, **wesentlich ein Geschäftsparteitag** werden, dessen Aufgabe ist, die Linien für die weitere agitatorische und parlamentarische Thätigkeit der Partei in den verschiedenen öffentlichen Körperschaften festzulegen. Von den üblichen Sensationsgerüchten, von denen bisher fast vor jedem Parteitag ein großer Teil der bürgerlichen Presse gefüllt war, ist bis zu diesem Augenblick, so weit ich es übersehen kann, nichts zu bemerken. Und die bürgerliche Presse thut gut daran. Bisher hat sie noch immer die bittere Erfahrung machen müssen, daß trotz aller vorhandenen Meinungsverschiedenheiten über diese oder jene Frage in der Partei keine Meinungsverschiedenheiten über die Grundanschauungen und das schließliche Ziel vorhanden waren. Daß die von Idealismus und Begeisterung erfüllten Parteigenossen ihre Meinungsverschiedenheiten zwar öfter mit einer bei bürgerlichen Parteien unbekannten Lebhaftigkeit ausfechten, aber auch allesamt von der guten Absicht, der großen gemeinsamen Sache zu dienen, geleitet werden. Daraus ergiebt sich nach abgeschlossenem Kampfe von selbst die Versöhnung.

Im gegenwärtigen Moment hat aber auch die bürgerliche Presse alle Ursache, mehr als je bei sich selbst Einkehr zu halten und vor der eigenen Thüre zu kehren. Zu keiner Phase unserer inneren politischen Entwickelung ist die Auflösung der bürgerlichen Parteien, hervorgehend aus dem Gegensatz der materiellen Interessen und dem vollständigen Mangel an gemeinsamen idealen Kampfeszielen, so zu Tage getreten wie gegenwärtig. Darüber helfen alle noch so großen Worte und dröhnenden Phrasen, wie sie zum Beispiel erst kürzlich auf dem Katholikentag in Mannheim laut wurden, nicht hinweg. Und was das herrliche Reich betrifft, so lugt der moralische und finanzielle Bankrott zu allen Fenstern heraus. Nebenbei arbeitet man von einflußreichster Seite mit einem Eifer am Zugrunderichten, als bestehe die Kunst des Regierens im Zerstören und nicht im Erhalten. Ein erheiterndes Schauspiel für uns, die wir lächelnd und schmunzelnd mit untergeschlagenen Armen diesem Selbstvernichtungswerk zusehen und heiteren Gemüts rufen können: Vivent nos amis, les ennemis! (Es leben unsere Freunde, die Feinde!)

Neben den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten, die auf jedem Parteitag zu erledigen sind, wie Geschäftsbericht des Vorstandes, Bericht der Kontrolleure, Bericht über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion, wird als die wichtigste praktische Frage **die bevorstehende Reichstagswahl** den Parteitag zu beschäftigen haben. Spätestens am 16. Juni 1903 haben die Neuwahlen auf weitere fünf lange Jahre stattzufinden. Es ist eine ganz selbstverständliche und eine in der ganzen Partei einmütig vertretene Auffassung, daß die Fraktion alles, aber auch alles aufzubieten hat, damit der Zolltarif, der sich mit jedem Tage mehr als ein Hungertarif in des Wortes schlimmster Bedeutung herausstellt, einem Plebiszit unterworfen und ein Wahlresultat zu gewinnen versucht wird, das den Vätern und Verteidigern dieses Hungertarifs Heulen und Zähneklappern veranlaßt. Insbesondere muß den christlichen [illegible], die, an dem Maßstab ihrer politischen Heuchelei gemessen, [illegible] erreichen, die Maske der Volks- und Arbeiterfreundlichkeit vom Gesicht gerissen werden. Meinungsverschiedenheiten erheblicher Art über die bei den Reichstagswahlen innezuhaltende Taktik sind nicht zu erwarten. Wie in keiner anderen Frage dürfte hier Einheit der Auffassung vorhanden sein.

Daß der Punkt **Arbeiterversicherung** auf die Tagesordnung gesetzt wurde, entspricht einem Beschluß des Lübecker Parteitags. In Genossen Molkenbuhr als Referenten ist die Persönlichkeit vorhanden, die neben dem Parteigenossen Stadthagen als der beste Kenner unserer Versicherungsgesetzgebung angesehen werden darf. Es wird also auch ein entsprechendes Referat zu erwarten sein. Obgleich für diese Legislaturperiode — die ihrem Ende entgegengeht — kein gesetzgeberischer Schritt mehr zu erwarten ist und außer der schon wiederholt angekündigten dringend notwendigen Reform des Krankenversicherungsgesetzes auch für die nächste Legislaturperiode die maßgebenden Gewalten keine Neigung besitzen dürften, größere Reformarbeiten auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung vorzunehmen, so ist es doch nützlich, daß das ganze Gebiet der Versicherungsgesetzgebung einmal gründlich auf einem Parteitag beleuchtet wird und dieser Stellung dazu nimmt. Nachdrücklich warnen möchte ich aber davor, auch die Arbeitslosenversicherung, über die erst der letzte Gewerkschaftskongreß in Stuttgart Beratung gepflogen hat, bei dem Thema der allgemeinen Arbeiterversicherung in die Debatte zu ziehen. Einmal erfordert schon der Raum nach dieses Thema eine besondere Behandlung, dann ist, wie sich auch in Stuttgart gezeigt hat, die Frage noch keineswegs allseitig geklärt; auch wäre es Zeitverschwendung, so kurz nach den Stuttgarter Verhandlungen und vor einem ähnlichen Forum abermals die Frage zu behandeln.

Dagegen ist von großer aktueller Wichtigkeit die Erörterung über die Stellung der Partei in der **Kommunalpolitik**. Bei der erheblichen Zahl sozialdemokratischer Gemeindevertreter in Hunderten von Kommunen ist es endlich an der Zeit, nachdem das Thema schon auf Landes- und Provinzialparteitagen manchmal von sehr voneinander abweichenden Gesichtspunkten in einzelnen Fragen behandelt wurde, daß der Gesamtparteitag Stellung zu demselben nimmt. Auch hier ist in Parteigenossen Dr. Lindemann als Referenten der passende Mann gefunden worden. Es wird von besonderer Wichtigkeit sein, festzustellen, daß, wenn unsere Partei die Grundsätze und Ziele aufstellt, die seitens unserer Abgeordneten in den Gemeindevertretungen zur Geltung gebracht werden sollen, man sich auch den gewaltigen Unterschied vergegenwärtigt, der in der finanziellen Leistungsfähigkeit der verschiedenen Gemeinden vorhanden ist. Großstadt, Mittelstadt, Kleinstadt, Landgemeinden sind die vier Kategorien, die zunächst in Betracht kommen. Und innerhalb jeder dieser Kategorien ist wiederum die Leistungsfähigkeit verschieden. Es sind nur wenige und nur die großen Gemeinden, die einigermaßen die Aufgaben erfüllen können, die — den ehrlichen Willen ihrer Magistrate und Vertretungen vorausgesetzt — wir von ihnen erfüllt sehen wollen. Die sehr große Mehrheit der Gemeinden ist dazu nicht im stande. Reich und Staat schieben mit Vorliebe den Gemeinden die Lösung von Kulturaufgaben und die Befriedigung von Kulturbedürfnissen zu, aber für die Mittel zur Ausführung sollen diese möglichst allein sorgen. Eine unmögliche Aufgabe. Es wird sich also darum handeln, nicht bloß zu sagen, was die Gemeinden thun sollen, sondern man wird sich auch eventuell mit der Frage beschäftigen müssen, woher sie die Mittel nehmen sollen, um die gestellten Aufgaben lösen zu können. Man wird fordern müssen, daß neben der Erschließung eigener Einnahmequellen Staat und Reich in viel höherem Maße als jetzt — wo namentlich das Reich nur nimmt und nichts giebt — eintreten [illegible], was anzuregen und zu fordern dann wieder in erster Linie Sache der sozialdemokratischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten wäre. Bisher hat man in unserer Partei die Kommunalpolitik zu ausschließlich als solche und zu wenig im Zusammenhang mit der Landes- und Reichspolitik behandelt, obgleich bei näherem Ansehen der Zusammenhang hundertfältig vorhanden ist. Mit der Behandlung dieser Themata und den Anregungen, die aus der Behandlung des einen und anderen Punktes der Tagesordnung hervorgehen, ist der Parteitag mit Arbeitsstoff überreichlich versehen, namentlich da hierzu noch die Behandlung der selbständig gestellten Anträge kommt.

Den Anregungen des Vorwärts, auch noch die Stellungnahme der Partei zu den verschiedenen **Landtagswahlgesetzen** und zum **Zentrum** zu erörtern, sollte [illegible] Weise **keine Folge gegeben werden**. Ganz abgesehen von der Frage, ob sich ein Referent fände, der das vielgestaltige Thema der Landtagswahlgesetzreform beherrscht, sollte man sich vergegenwärtigen, daß, wenn die Behandlung dieses Themas auf einem allgemeinen Parteitag stattfinden soll, dieses gar nicht anders möglich ist, als daß die Wahlgesetzstände jedes einzelnen Landes für sich behandelt würden. Oder glaubt man über die preußische, bayerische, sächsische, badische, württembergische usw. Wahlgesetzreform sozusagen in einem Atemzug beraten zu können? Das würde ein schönes Tohuwabohu, eine unerhörte Konfusion zur Folge haben und mit einem allgemeinen Mißbehagen und Unbefriedigtsein endigen. Zudem hat die Partei in ihrem Programm ihre Auffassung über die Wahlrechtsfrage auch für die Einzelstaaten festgelegt. Es kann der Fall vorkommen, daß sie das Bedürfnis empfindet, hier oder dort einmal modifizierend einzugreifen oder, wie in dem Falle der preußischen Landtagswahlbeteiligung, prinzipiell zu entscheiden, ob man sich künftig versuchsweise an einer Wahl beteiligen soll, um festzustellen, welche Macht die Partei in die Wagschale zu werfen vermag. Desungeachtet würde ein deutscher Parteitag sich schwerlich mit den preußischen Landtagswahlen beschäftigt haben, handelte es sich nicht um einen Staat von dem präponderierenden Uebergewicht des preußischen im Reiche und zugleich um ein so exzeptionelles Wahlgesetz wie das preußische. Wie aber die preußischen Parteigenossen den Beschluß des Parteitags im einzelnen zur Ausführung bringen wollen und wie gegebenen Falles preußische sozialdemokratische Abgeordnete die Wahlrechtsreform im preußischen Landtag behandeln sollen, wird in erster Linie Sache eines preußischen Parteitags sein, der für die Vorbereitung der nächstjährigen Landtagswahlen unumgänglich sein dürfte.

Der deutsche Parteitag sollte sich vor Augen halten, daß er im allgemeinen in speziellen Landesangelegenheiten nichts als eine Art oberster Aufsichtsinstanz ist, die darüber zu wachen hat, daß die Einheit in der Vertretung der Parteigrundsätze gewahrt wird und er sollte nur eingreifen, wo die Gefahr besteht, daß diese Einheit der Auffassung verletzt wird. Im übrigen sollte er es den Parteigenossen in den Einzelstaaten überlassen, auf welche Weise sie ein Ziel, das nicht in Frage gestellt werden darf, erreichen wollen.

Was den Vorschlag einer besonderen Erörterung unserer Stellung zum Zentrum betrifft, so betrachte ich diese für überflüssig. Es sind in Bezug auf diesen Vorschlag in einem Teile der Parteipresse Aeußerungen laut geworden, die im Zentrumslager notwendig große Genugthuung hervorrufen müssen. Man stellte die Sache so dar, als befänden wir uns ihm gegenüber quasi in einem Zustand vollständiger Hilflosigkeit und als sei es ein ganz besonders schweres Beginnen, mit Erfolg dem Zentrum zu Leibe zu rücken. Nichts unrichtiger als dieses. Das Zentrum hat in den letzten zwanzig Jahren ein so vollgerütteltes Maß politischer Sünden sich zu schulden kommen lassen, daß es einem Parteiredner oder Schriftsteller von einigem Geschick nicht schwer fallen kann, mit dem notwendigen Zentrumsmaterial [illegible] zu werden. [illegible] in den verschiedenen Broschüren über die Thätigkeit des Reichstags ist ein solches Material zur Bekämpfung des Zentrums aufgehäuft, daß es nur hervorgeholt und zusammengestellt zu werden braucht. Auch die Schrift des Parteigenossen Hoch liefert hierzu gutes Material. Wer aber verlangt, daß die Thätigkeit des Zentrums nicht bloß im Reichstag, sondern auch in den verschiedenen Landtagen dargestellt werden soll, so kann dieses nicht Gegenstand einer Rede oder einer Behandlung auf einem Parteitag sein, sondern muß Gegenstand einer Schrift werden, an der sachkundige Genossen aus den verschiedenen Einzelstaaten mitzuarbeiten haben. Eine solche Schrift ist nicht [illegible] und rechtzeitig für den nächsten Wahlkampf herzustellen, [illegible].

Aber auch die Taktik unserer Parteigenossen dem Zentrum gegenüber, namentlich in den Landtagen, muß vielfach anders werden.

Das Zentrum ist durch die politische Entwickelung der letzten zwei Jahrzehnte und namentlich seitdem der sogenannte Kulturkampf das vorausgesehene traurige Resultat gehabt hat, immer mehr [illegible] gedrängt worden, sein während des Kulturkampfes umgehängtes demokratisches Mäntelchen fallen zu lassen und sich als das zu geben, was es wirklich ist, neben der preußischen Junkerpartei die reaktionärste aller Parteien. Mit seiner geschickten Demagogie und seinem [illegible] politischen [illegible], den es bei dem Gegensatz der Interessen [illegible] seiner Parteianhängerschaft unausgesetzt aufzuführen gezwungen ist, hat es bisher seine proletarischen Anhänger noch zu täuschen vermocht. Aber seine Haltung bei dem Zolltarif hat endlich einen Teil derselben erkennen lassen, wie sehr sie betrogen werden. Die rückhaltlose Anerkennung dieser Stellung des Zentrums unsererseits wird [illegible] einen weiteren Teil seiner Anhängerschaft abwendig machen. Dazu muß kommen die Aufdeckung seiner volksverräterischen Haltung in den Militär- und Flottenfragen der letzten Jahre, seine Zweideutigkeit und sein Bestreben hinzuhalten in allen sozialen Reformfragen, endlich seine kulturfeindlichkeit in allen geistigen und Bildungsbestrebungen, seine Doppelzüngigkeit in der Reformpolitik in den Einzelstaaten.

Diesen letzten beiden Thätigkeiten in den Einzelstaaten gegenüber ist von einem Teile unserer Parteigenossen in verschiedenen Landtagen, und zwar nicht nur dem Zentrum, sondern auch den [illegible] geistlichen Verdunkelungsbestrebungen gegenüber oft zu wenig [illegible] gesehen. Den klaren Programmsatz „Erklärung der Religion zur Privatsache" hat man ganz willkürlich hier und dort dahin formuliert: „Religion ist Privatsache" und hat diejenige Stellungnahme unterlassen, die unser Programm in klarer Weise in Kirchen- und Bildungsfragen verlangt. Man war dieses, gerade heraus gesagt, [illegible] Furcht, daß eine demagogische Ausnutzung einer scharfen Opposition gegen die kirchlichen und Verdummungsbestrebungen bei den Wahlen Schaden bringen könne, und übersah oder vergaß ganz und gar, daß gerade eine offene und nachdrückliche Vertretung und Erläuterung unserer Programmsätze auch dem verbohrtesten Anhänger des Zentrums oder der evangelischen Verdummungsbestrebungen den Beweis liefert, daß die Partei den religiösen Gemeinschaften gegenüber eben nur diejenige Stellung anweisen will, die sie nach ihrem Wesen und ihrer Natur beanspruchen können. Zum Ueberfluß liefert die [illegible] Stellungnahme der Partei im Reichstag wie die einmütige Haltung der Parteipresse den kulturkämpferischen Ausnahmegesetzen gegenüber (Jesuitengesetz usw.) das Beweismaterial für die Wahrheit und Aufrichtigkeit ihres Standpunktes. Dagegen hat das Zentrum in der Aera des Sozialistengesetzes, trotz der Ausnahmegesetze am eigenen Leibe und trotz seiner wiederholten Versicherungen, Feind aller Ausnahmegesetze zu sein, stets die nötigen Stimmen gestellt, um die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu ermöglichen.

Daß gegen das Zentrum ein wirklicher Kulturkampf zu führen ist, der aber mit Erfolg einzig auf Grund unserer programmatischen Forderungen geführt werden kann, wird mit jedem Tage klarer und habe ich noch jüngst in der Vorrede zur Neuauflage meiner Schrift Christentum und Sozialismus ausgesprochen.

Es fehlt also weder an Material zur Bekämpfung des Zentrums, noch an Klarheit unserer Stellung gegen das Zentrum; ihm die Ehre einer besonderen Parteitagsverhandlung zu erweisen, halte ich für höchst unangebracht. Man sorge, daß dieses Material in einer besonderen Schrift zusammengestellt und unsere Stellung zu den kirchlichen Gemeinschaften und ihren Bestrebungen genügend erläutert wird, man sorge aber auch, daß unsere Zentralstellen und Agitatoren diese Schrift gründlich studieren und geschickt ausnutzen, und was der Vorwärtsvorschlag will, ist in ausreichender Weise erreicht.

Man wird also gut thun, es bei der aufgestellten Tagesordnung zu belassen und in der angedeuteten Richtung einen [illegible] Beschluß zu fassen. Kein Zweifel, der Parteitag wird auch diesmal voll den Zweck erreichen, dem sein Zusammentritt dienen soll: der Förderung der Parteiinteressen und der Wahrung der Klasseninteressen des Proletariats und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Politische Uebersicht.

Der Schutz der Deutschen im Auslande.

Die deutsche Regierung hat wieder einmal bewiesen, daß sie das Schwert nicht umsonst führt. Allen Nörglern hat sie gezeigt, daß die große Flotte nicht umsonst gebaut wurde und daß der Schutz der Deutschen im Auslande kein Wahn ist.

Das Land, an dem das deutsche Reich seine Bürger so prompt gerächt hat, ist **Haiti** — nicht etwa Rußland. Und auch nicht eigentlich **Haiti**, sondern eine der Parteien, die dort jetzt um die Herrschaft kämpfen. Wer eigentlich dort die Regierung darstellt, das wäre bald schwierig zu sagen. Am einfachsten ist es also, man erkennt keine der kriegführenden Parteien als kriegführende Macht an und stempelt damit die Wegnahme der Kriegskonterbande durch die „Flotte" des Prätendenten Firmin, eine Handlung, die jeder regulären Regierung oder sonst anerkannten kriegführenden Macht erlaubt ist, zum Seeraub.

Nach diesem Rezept hat die deutsche Reichsregierung gehandelt und die Beraubung des deutschen Dampfers Markomania furchtbar gerächt. Heute morgen lief folgendes Telegramm ein:

Berlin, 8. September. Nach einem Telegramm aus Kap Haitien wurde ein haitianisches Rebellen-Kanonenboot bei einer Hafeneinfahrt vom deutschen Kanonenboot Panther in den Grund gebohrt. Die Besatzung rettete sich.

Mit dieser glorreichen Waffenthat ist aber die Aufgabe des Panthers noch nicht abgeschlossen. Der Voss. Ztg. wurde am 7. September geschrieben: Sobald das Kanonenboot Panther die Angelegenheit betreffend die Beschlagnahme von Waffen und Munition an Bord des deutschen Dampfers Markomania in Port au Prince erledigt haben wird, soll es eine Kreuzfahrt in den haitianischen Gewässern unternehmen und vor allem Kap Haitien anlaufen. Der deutsche Geschäftsträger in Port au Prince wird somit Gelegenheit haben, an der Kreuzfahrt des Panthers teilzunehmen, um die gefährdeten deutschen Interessen in Kap Haitien aus eigenen Anschauungen kennen zu lernen.

Die durch die „Revolution" gefährdeten Interessen der deutschen Kaufleute sollen also nach Bedarf auch noch mit Waffengewalt gewahrt werden, wie das die kapitalistische Presse schon längst gefordert hat. O — die deutsche Regierung läßt ihren Bürgern im Auslande kein Haar krümmen und um keinen Pfennig an Wert unentschädigt benachteiligen. Das hat sie schon oft bewiesen — gegen Haiti und ähnliche Staatenkarikaturen!

Mit **Rußland** allerdings bindet sie nicht gern an. Im Falle **Kugel**, mit dem verglichen die **Haiti-Affaire** ein lächerliches Nichts ist, liegt jetzt, nach einigen Wochen, noch nicht einmal eine amtliche Aeußerung vor. Und die beschämende **Auslieferung des Studenten Kalajew** wird als Selbstverständlichkeit amtlich verteidigt.

Salome im Dämmern jenes Tages über den Hof schritt. Unter einem Vorbau lagen rostend die Pflüge und die Eggen; keine Tierstimme erklang. Nur ein Rieseln, daß sie nicht atmete, nur ein Aechzen, wenn der Wind durch die Ritzen des hinteren Thores zog. Sie trat ins Haus, das nun ihr Eigen; die Stille ringsum that ihr wohl, weil sie ihr Wert war, und doch nieder weh, die selber rastloser Thätigkeit gewohnt und das Leid erzwungenen Feierns zu begreifen fähig war. Die Stuben durchschritt sie; dann saß sie in ernstem Sinnen am Ofen. Sie mußte Gabrielens gedenken, und daß sie nun mitten sei mit denen, die ihr das Kind in Elend und Verbannung gestoßen; mit dem Andenken der Verlorenen selbst glaubte sie in diesem Augenblicke fertig zu sein. Oder hatte sie nicht genug darum geopfert? Stak nicht alles, was sie in der harten Plage vieler Jahre erübrigt, in dieser Hufe? War's nicht ausgegeben worden in einem Rausche, wie er nicht gar selten Leute befällt, die Kreuzer zu Kreuzer legten und dann plötzlich erkennen, wie reich sie eigentlich sind? Sie aber fühlte sich schon entnüchtert und rechnete schon wieder.

In solchen Gedanken hörte sie plötzlich schwere Männertritte trappeln. Die Thür ging auf, und der Johann Rittermann trat hart und schnaufend ein. Ein Licht in schlechtem, zinnernem Leuchter hielt er in der Hand. Er sah sie nicht gleich, denn seine Augen suchten den Boden. Endlich sah er auf und erschrak ein wenig, als er Salome erkannte. Und dann, mit einem sehr traurigen Lächeln, das ihr in die Seele schnitt, sagte er: „Ihr werdet schon nicht böse sein; aber ich bin's noch nicht gewöhnt, da anzuklopfen, in der Stuben da."

Sie erwiderte nichts. Er schien eine Antwort nicht zu erwarten. Das Licht stellte er nieder; eine schlanke, gezwirbelte Gerte, die er in der Linken trug, lehnte er in eine Ecke. Einen Stuhl zog er zum Tische und ließ sich gebrochen darauf nieder. Dann starrte er, die Hände aufgestützt und mit müde niedersinkendem Kopfe in die Flamme und schwieg, bis ihr sein Anblick peinlich wurde und sie gehen wollte. Nun hob er das Haupt: „Ich hätt' Euch noch etwas zu sagen. Ich hab' Euch was genommen, Frau Lohwag."

„Was denn? Es ist Euch von Herzen vergönnt," antwortete sie rasch.

Er wies nach der Gerte: „Das hab' ich abgeschnitten beim Haselstrauch vorm Thore. Das soll mein Wanderstecken sein. Und," er langte in die Tasche und zog ein Sträußchen hervor, „das hab' ich im Stalle gefunden. Möcht' doch wissen, seit wann's dort liegt," fügte er verwundert hinzu.

Sie wurde neugierig.

„Und wozu beides?"

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Amerikanischer Humor. Die Münch. Neuest. Nachr. teilen die folgenden Blüten amerikanischen Humors mit: Reporter, zum wartenden Millionär: „Ist es wahr, daß Sie einen Lehrstuhl für unsere Universität stiften wollen?" — „Donnerwetter, einen Lehrstuhl!! Sagen Sie Ihrem Blatte, daß ich die ganze Universität neu [illegible] lassen werde."

„Warum ist Brown seit einiger Zeit so stolz?" — „Er wurde von einem importierten Hunde gebissen, der 5000 Dollar gekostet hat."

Ein Chikagoer Millionär hat einen chinesischen Diener, mit dem er sehr zufrieden ist. Wenige Tage nach dem Antritte seiner Stelle fand er auf dem Fußboden einen Dollar, den er sofort seinem Herrn brachte, der zu ihm sagte, er möge das Geldstück als Belohnung für seine Ehrlichkeit behalten. Kurz darauf vermißte der Millionär seine seidene Busennadel. Gefragt, ob er sie vielleicht irgendwo gesehen habe, erwiderte der Bezopfte: „Ja, ich habe sie beim Ausfehren gefunden und für meine Ehrlichkeit behalten."

Buchhalter: „Ich möchte heute nachmittag gerne zum Begräbnisse meiner Schwiegermutter gehen." — Prinzipal: „Ich auch."

Sie: „Meinst Du, wir könnten ohne Kochen auskommen?" — Er: „O gewiß; wenn es zum Aeußersten kommt, besorgst Du das Kochen, und ich esse in einem Restaurant."

Richter (zum Angeklagten): „Sie sind schuldig gesprochen; das Strafmaß lautet zwischen 30 und 60 Tage Gefängnis. Sagen Sie mir doch, wo habe ich Sie schon gesehen? Je länger ich Sie anblicke, desto bekannter kommen Sie mir vor." — „Ich bin Barbier, Euer Ehren, und habe Sie erst vor drei Tagen rasiert." — Richter: „Ganz recht; jetzt erinnere ich mich. Sie erhalten 60 Tage Gefängnis."

„Wenn ich es nur glauben könnte, daß Du mir die 100 Dollar, die ich Dir leihen soll, auch wirklich zurückgeben wirst." — „Ich verspreche es Dir mit dem Worte eines Ehrenmannes!" — „Dann ist es gut; komm' heute abend und bring' den Ehrenmann auch gleich mit!"

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020908/2
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG